

Trumps Zölle bedrohen Brasilien: Druck für einen Regimewechsel

[von Gilberto Araújo](#), 19. Oktober 2025

Der US-Imperialismus erreicht unter Trumps zweiter Amtszeit eine neue Dimension. Angesichts der Instabilität der US-Wirtschaft und ihrer globalen Macht verfolgt der amerikanische Präsident eine offen aggressive Außenpolitik, die Drohungen, Aggressionen und die Distanzierung der Vereinigten Staaten von multilateralen bürgerlichen Institutionen, an deren Gründung sie einst beteiligt waren, miteinander verbindet.

Brasilien, das größte Land Südamerikas, passt genau in dieses Schema. Im Juli kündigte Trump die weltweit höchsten Zölle gegen Brasilien an: 50 % auf alle Produkte. Einen Monat später, als die Zölle in Kraft traten, wurden etwa 700 Produkte von der Liste gestrichen – dennoch unterliegen mehr als die Hälfte der brasilianischen Exporte weiterhin den Zöllen.

Der Grund für diese Maßnahme war verabscheuungswürdig: die Unterstützung des rechtsextremen ehemaligen Präsidenten Brasiliens, Jair Bolsonaro, gegen den wegen eines Putschversuchs ermittelt wird und der nun offiziell von den Gerichten für schuldig befunden wurde.

Der Hauptfokus der US-Konkurrenz liegt auf China. Aber auch traditionelle Verbündete – wie Europa, Japan und Südkorea – werden unter Druck gesetzt und erpresst, um Zugeständnisse zu erzwingen. Gegenüber den Ländern des Globalen Südens testet Trump noch radikalere Maßnahmen. In diesen Fällen ist es sein Ziel, nationale politische Regime direkt zu kontrollieren, um wirtschaftliche und politische Vorteile zu erzielen.

Wo es politische Hindernisse für diesen Plan gibt, unternimmt der Präsident Schritte, um die nationalen Volkswirtschaften zu schwächen, politische Instabilität zu erzeugen, die nationale Souveränität zu bedrohen und einen Regimewechsel zu fördern. Im Hintergrund besteht das Ziel auch darin, die Länder des Globalen Südens aus dem Einflussbereich Chinas und der BRICS-Allianz zu entfernen und durch Einschüchterung die „Hinterhöfe“ der USA auf der ganzen Welt wieder zu behaupten.

Nur wenige Wochen nach der Ankündigung kamen weitere konkrete Motive für die Einschüchterungsversuche ans Licht: Seit Monaten untersucht die USA ein erfolgreiches Online-Zahlungssystem namens „Pix“, das von der brasilianischen Zentralbank entwickelt wurde. Das System hat zu einem starken Rückgang der Nutzung von Kredit- und Debitkarten amerikanischer Marken wie Visa und Mastercard geführt.

Der US-Imperialismus hat auch ein Auge auf Brasiliens Seltenerdmetalle und andere natürliche Ressourcen geworfen und kritisiert die lokalen Bemühungen, die Big-Tech-Unternehmen im Land zu regulieren.

Seitdem weigert sich die US-Regierung, Verhandlungen aufzunehmen. Einer der Söhne von Jair Bolsonaro, Eduardo Bolsonaro, lebt seit Monaten in Washington D.C. und trifft sich regelmäßig mit Vertretern des Weißen Hauses.

Die US-Botschaft in Brasilien veröffentlicht regelmäßig Drohungen in den sozialen Medien, sobald die brasilianische Justiz ihre Ermittlungen gegen die Putschisten vorantreibt. Den Richtern des Obersten Gerichtshofs Brasiliens wurden ihre US-Visa entzogen, und der Vorsitzende Richter des Gerichts, Alexandre de Moraes, wurde unter dem Magnitsky-Gesetz ins Visier genommen.

Nachdem Bolsonaro und seine kriminelle Organisation (zu der auch Mitglieder des Militärs gehören) offiziell verurteilt worden waren, warnte der Sprecher des Weißen Hauses kürzlich, dass Brasilien mit weiteren wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen rechnen müsse.

Bedrohung der Souveränität

Es besteht kein Zweifel, dass Brasilien derzeit die schwerwiegendste Bedrohung seiner Souveränität seit Jahrzehnten und die stärkste Ermutigung zu Putschaktivitäten seit dem von den USA unterstützten zivil-militärischen Putsch von 1964 erlebt, der eine Diktatur installierte, die bis 1985 andauerte.

Die politische Lage ist jedoch komplexer. Angesichts der Schwere des Augenblicks erwacht im Land ein neues antiimperialistisches Bewusstsein. Bislang hat dies zu einer Welle von Straßenmobilisierungen geführt, die sich um Slogans wie „Trump raus aus Brasilien“ und „Souveränes Brasilien“ drehen. Dies hat auch zu einem leichten Anstieg der Popularität der Regierung von Luiz Inácio Lula da Silva geführt, deren derzeitige Amtszeit mit niedrigen

Zustimmungswerten zu kämpfen hat.

Lulas Rolle

verdient in der Tat besondere Aufmerksamkeit. Entgegen der internationalen Darstellung hat der Vorsitzende der Arbeiterpartei (PT) längst jede sozialistische oder eindeutig linke Strategie aufgegeben.

Stattdessen hält sich seine Regierung an die Regeln der neoliberalen Wirtschaftspolitik, bemüht sich um Verhandlungen mit dem politischen Establishment und bietet der Arbeiterklasse nur geringfügige Verbesserungen, ohne die extreme soziale Ungleichheit in Brasilien zu verändern. Während seiner ersten beiden Amtszeiten (2003-2010) unterhielt Lula tatsächlich gute Beziehungen sowohl zu Bush als auch zu Obama.

Auch wenn es wichtig ist, sich keine Illusionen über Lula zu machen, ist es doch unbestreitbar, dass die grundlegenden Schritte, die seine Regierung als Reaktion auf die imperialistische Aggression unternommen hat, seiner aktuellen Position in dieser Konfrontation einen progressiven Charakter verleihen. Dennoch ist Lula nach wie vor nicht bereit, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die volle Souveränität Brasiliens zu erreichen.

Solche Maßnahmen würden einen Bruch mit allen Formen des Imperialismus erfordern: in erster Linie mit dem der USA, aber auch mit dem Chinas. Es ist auch erwähnenswert, dass die brasilianische Regierung bisher weder die Handels- noch die diplomatischen Beziehungen zum genozidalen Staat Israel abgebrochen hat.

Angesichts dieser Situation sind wir der Meinung, dass eine revolutionäre Politik in Brasilien zunächst einer breiten Einheit des Handelns Vorrang einräumen muss, auch in Abstimmung mit der Regierung, um gegen Imperialismus, Aggressionsdrohungen und mögliche Staatsstreiche zu kämpfen.

Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass wie in vielen Teilen der Welt auch in Brasilien neofaschistische Kreise weiterhin mobilisiert sind, obwohl einige ihrer Führer, wie Bolsonaro, mit Ermittlungen und Strafen konfrontiert sind. Diese Mobilisierung setzt sich sowohl auf den Straßen als auch im Parlament und in den Institutionen fort.

Eine sozialistische Politik

Auf einer zweiten Ebene muss die sozialistische Linke ihre politische und organisatorische Unabhängigkeit bewahren und diese Stärke nutzen, um ein Programm der radikalen Transformation voranzutreiben.

Es ist bekannt, dass die extreme Rechte an Boden gewinnt, wenn die Massen von dem aktuellen politischen Regime enttäuscht sind. Aber dieses Regime kann nur wirklich überwunden werden, wenn die Hoffnungen der Massen durch eine radikale, sozialistische Politik erfüllt werden. Die Alternative der extremen Rechten ist nichts anderes als Barbarei, die auf der Aushöhlung der Arbeitnehmer:innenrechte und der Zerstörung der Umwelt basiert.

Die Partei Sozialismus und Freiheit (PSOL) ist mit ihrer nationalen Bedeutung und Stärke sicherlich einer der wichtigsten Pole dieser Linken, und wir arbeiten daran, sie zu stärken. Wir engagieren uns auch stark für die Organisation der 1. Internationalen Antifaschistischen Konferenz, die im März 2026 in Porto Alegre, Brasilien, stattfinden wird.

Die kommenden Monate werden maximale Aufmerksamkeit für die politische Landschaft Brasiliens und internationale Solidarität der Arbeiter weltweit mit dem brasilianischen Volk erfordern, das für die Verteidigung seiner Souveränität und seines Rechts auf eine gerechtere und hoffnungsvollere Zukunft kämpft.

*Quelle: **Against the Current**.*

Der Artikel erschien auf [International Viewpoint](#) in englischer Sprache. Wir haben diesen maschinell ins Deutsche übersetzt und auf grobe Fehler durchgesehen.